

Ausgabe 1 / Januar 2006

caritas in NRW

Zeitschrift der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

Zum Caritas-Jahresthema 2006:

Integration beginnt im Kopf

Für ein besseres Miteinander
von Deutschen und Zuwanderern

CARITAS HEUTE: „Anhaltender Erfolg“
Neuer Trägerverein bei LICHTBLICKE

ISSN 1617-2434
G 5546

BISTUMSSPIEGEL
Caritas in Ihrer Region – Menschen in der Caritas





Liebe Leserin, lieber Leser,

„Integration beginnt im Kopf. Für ein besseres Miteinander von Deutschen und Zuwanderern.“ So lautet das Jahresthema 2006 des Deutschen Caritasverbandes. Das Motto betont die Vernunft. Die Vernunft dient als Ausgangspunkt für eine bessere Gesellschaft. Hinter dem Jahresthema steht die Vision eines demokratischen Gemeinwesens, in dem ein Miteinander unterschiedlicher Kulturen und unterschiedlicher Religionen möglich ist. Das Motto wendet sich an beide: Einheimische und Migranten. Integration bedeutet ein Geben und Nehmen von beiden Seiten. Die begleitende Kampagne hat als Ziel den Abbau von Angst, die Stärkung der gegenseitigen Wertschätzung und Akzeptanz. Das Ziel, eine bessere Gesellschaft zu schaffen, deutet auf die Defizite der Realität hin. Mangelnde Bildung, fehlende Sprachkenntnisse, Diskriminierung im Alltag, Angst vor Aggressivität, Benachteiligung, Rassismus, Fremdsein, Sich-fremd-Fühlen – das sind Stichworte für die Belastungen, denen das Miteinander ausgesetzt ist.

Zu leicht aus dem Blick geraten dabei aber die unbestreitbaren Integrationserfolge. Europäische Migrationsforscher loben die deutschen Bemühungen zur Ausländer-Integration. In den Niederlanden sind beispielsweise im Vergleich zu den Einheimischen deutlich mehr Ausländer arbeitslos als bei uns. In Frankreich und Großbritannien gab es in den vergangenen Jahren immer mal wieder Rassenunruhen, in Deutschland nichts Vergleichbares. In jenen Ländern wohnen Zuwanderer häufiger in Ghettos. Das begünstigt Abschottung und Radikalisierung. Bei uns gibt es viel weniger Stadtviertel, in denen Ausländer als übergroße Mehrheit eine Parallelkultur etablieren. Gelungen ist Integration auch in den großen Industriewerken. Bei Opel oder Ford, bei Siemens und im Pütt arbeiten Deutsche und Zuwanderer miteinander und Hand in Hand. Wo aber Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen zunehmen, ist eine Minderheit schnell zum Sündenbock gemacht. Integration gelingt dort, wo Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich einigermaßen funktionieren.



Markus Lahrman
Chefredakteur

Ihr
Markus Lahrman

Inhaltsverzeichnis

Titelbild:
C. Meinschäfer



Für eine Kultur der Aufnahme 4

Der Beitrag der Kirche zur Integration

Suche nach Heimat 8

Caritas hilft älteren Spätaussiedlern

Interkulturelle Öffnung 10

„Integration ist Kernaufgabe“ 12

Interview mit NRW-Integrationsminister Armin Laschet (CDU)

(Heraus-)Forderung u. Chance 16

Integration muss mehr sein als Sprachkurse



Pro Rückkehrberatung 18

Plädoyer in einer verbandsinternen Debatte



Qualität bleibt 22

Bachelor und Master kommen als Studienabschlüsse

„Anhaltender Erfolg“ 24

Trägerverein für LICHTBLICKE



Aachen 26

Münster 40

Essen 30

Paderborn 46

Köln 36



Neue Bücher und Web-Tipps 50

Impressum 50



Für eine Kultur der Aufnahme

Der Beitrag der Kirche zur Integration von Zuwanderern

Von Weihbischof Franz Vorrath

Könnte das auch in Deutschland passieren? So fragten viele nach den Krawallen in den französischen Vorstädten, die sich im letzten November beinahe zu einem Flächenbrand entwickelten. Die brennenden Autos und die Gewalt in Frankreich haben noch einmal deutlich gemacht, was eine Gesellschaft riskiert, die Zuwanderung zulässt, aber die Integration vergisst.

Für Deutschland stellt das Jahr 2004 einen Wendepunkt dar. Mit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes ist erstmals die notwendige Verknüpfung von Migration und Integration hergestellt worden. Damit ist ein Perspektivenwechsel gelungen, den nicht zuletzt die Kirchen und die Caritas seit langem angemahnt hatten.

Zuwanderung und Integration müssen aktiv gestaltet werden. Das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten gelingt nicht von selbst. Beide Seiten müssen mit eigenen Integrationsleistungen dazu beitragen. Mit Blick auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft brauchen wir einen nachholenden Lernprozess, der Ja sagt zur Realität eines Einwanderungslandes. Nur was innerlich angenommen und akzeptiert ist, kann auch angstfrei und menschengerecht gestaltet werden. Den Zuwanderern müssen wir ebenfalls erhebliche Anstrengungen abverlangen. Dort, wo ein Rückzug in geschlossene Milieus der Zuwanderergruppen droht oder bereits vollzogen wurde, muss mit aktiver Unterstützung der Migrantenselbstorganisationen und der Migrantengemeinden ebenfalls eine nachholende Integration erreicht werden.



„Integration beginnt im Kopf“ lautet das Jahresthema 2006 des Deutschen Caritasverbandes. Die Caritas setzt sich von jeher „für ein besseres Miteinander von Deutschen und Zuwanderern“ ein.
Foto: Achim Pohl

Theologie der Integration in vier Schritten

Für die Kirche und die Caritas ist beim Thema Migration und Integration eine „Kultur der Aufnahme“ das Leitmotiv. Mit dieser Formulierung hat Papst Johannes Paul II. in seinem Apostolischen Schreiben „Ecclesia in Europa“ einen bewussten Gegenakzent zu einer Politik der Abschottung gesetzt. Oft wird auch in katholischen Gemeinden gefragt: Geht eine so klare Positionierung in einer politischen Frage nicht weit über das hinaus, was der eigentliche Auftrag der Kirche ist? Ein Blick in die Bibel und in kirchliche Dokumente seit dem Konzil lässt jedoch keinen Zweifel: Das Integrationsengagement der Kirche erwächst aus ihrem ureigenen Auftrag und Selbstverständnis. Diese Grundlage lässt sich in vier Schritten zusammenfassen.

Am Anfang steht die prägende Erfahrung, die Israel selbst in der Fremde gemacht hat. Jahwe zeigt sich dem unterdrückten Volk als ein Gott, der auf der Seite der Schwachen, der Migranten, steht und Israel aus der Knechtschaft Ägyptens befreit. Darum rücken Fremde in die Mitte der Schutzbestimmungen Gottes. „Einen Fremden“, so heißt es im Buch Exodus, „sollst du nicht ausbeuten. Ihr wisst doch, wie es einem Fremden zumute ist; denn ihr seid selbst in Ägypten Fremde gewesen“ (Ex 23,9).

Migranten als Sakrament der Präsenz Christi

Den zweiten Schritt geht Jesus. In Wort und Tat verkündet er die Liebe zum Nächsten als grenzüberwindendes Gebot. Im Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lk 10,25-27) wird deutlich, dass nicht nur derjenige, der einem selbst nahe steht, geliebt werden und zu seinem Recht kommen soll. Christen sind vielmehr aufgerufen, jedem, der unter die Räuber gefallen ist, zum Nächsten zu werden. Das umfassende Liebesgebot gilt also auch einem bisher fern stehenden Menschen. Das Gleichnis vom Weltgericht formuliert dies eindeutig und unmissverständlich. „Ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen“ (Mt 25,35). Damit wird der Fremde zum Gast, in dem Jesus selbst gegenwärtig ist. Johannes Paul II. spricht in der Botschaft zum Welttag der Migranten 1996 vom schwachen, wehrlosen und an den Rand gedrängten Menschen als „Sakrament der Präsenz Christi“.

Nicht nur Barmherzigkeit, sondern Gerechtigkeit

Diese theologischen Überlegungen bleiben aktuell insbesondere mit Blick auf oft übersehene Migranten:

Flüchtlinge, Asylsuchende oder Menschen in der Illegalität. Gerade die Angehörigen der letzten Gruppe, die in Deutschland eine Größenordnung von 500 000 bis eine Million erreicht hat, befinden sich oft in akuter Not: ohne rechtlichen Schutz, ohne medizinische Versorgung, die Kinder ohne Zugang zu Bildung. Hier sind vielfach Barmherzigkeit und direkte, individuelle Hilfe gefordert. Es geht jedoch nicht allein um Barmherzigkeit, es geht auch um Gerechtigkeit. Migranten dürfen nicht durch kirchliches Engagement, das sich allein an den Schutzrechten und Beistandspflichten für Fremde orientiert, auf die Rolle als Fremde festgeschrieben werden. Ziel der Integration ist die Überwindung der Mauern zwischen Einheimischen und Fremden, zwischen Deutschen und Zuwanderern.

Im dritten Schritt ist daher auf die unantastbare Würde jedes Menschen hinzuweisen. Sie ist nach christlicher Auffassung in der Schöpfung, genauer gesagt in der Gottebenbildlichkeit des Menschen, begründet. Bestätigt wird diese Würde in einzigartiger Weise durch die Zuwendung Gottes in der Menschwerdung Jesu und in der Erlösung durch seinen Tod und seine Auferstehung. Diese Zuwendung Gottes gilt allen Menschen in gleicher Weise.

Gleiche Würde verlangt gleiche Lebenschancen

Die Überzeugung, dass jedem Menschen die gleiche in Gott verbürgte Würde zukommt, trägt das christliche Verständnis von Integration. Gleiche Würde verlangt gleiche Rechte und gleiche Pflichten. Dies widerspricht allen Konzepten, die einseitig von Vorrechten der Einheimischen ausgehen und von Zugewanderten eine umfassende Anpassung und die Aufgabe ihrer Herkunftskultur fordern. Die Mehrheitsgesellschaft muss die Werte, die kulturellen und religiösen Prägungen der Zuwanderer respektieren – es sei denn, sie widersprechen den Grundwerten unserer Verfassung. Im Verhältnis von Mann und Frau zum Beispiel oder der Anerkennung des wertgebundenen, aber säkularen Staates können überkommene kulturelle und religiöse Traditionen der Zuwanderer, die der Verfassung widersprechen, in Deutschland keine Toleranz beanspruchen. Gleichzeitig muss die Verantwortung der Migranten klar benannt werden. Wer dies unterlässt oder allein auf die Versäumnisse des Staates und der Gesellschaft hinweist, nimmt die Würde der Migranten ebenfalls nicht wirklich ernst. Das Prinzip der Integration ist in einem einfachen Satz formuliert: Gleiche Würde verlangt gleiche Lebenschancen. Die Integration muss also auf eine um-

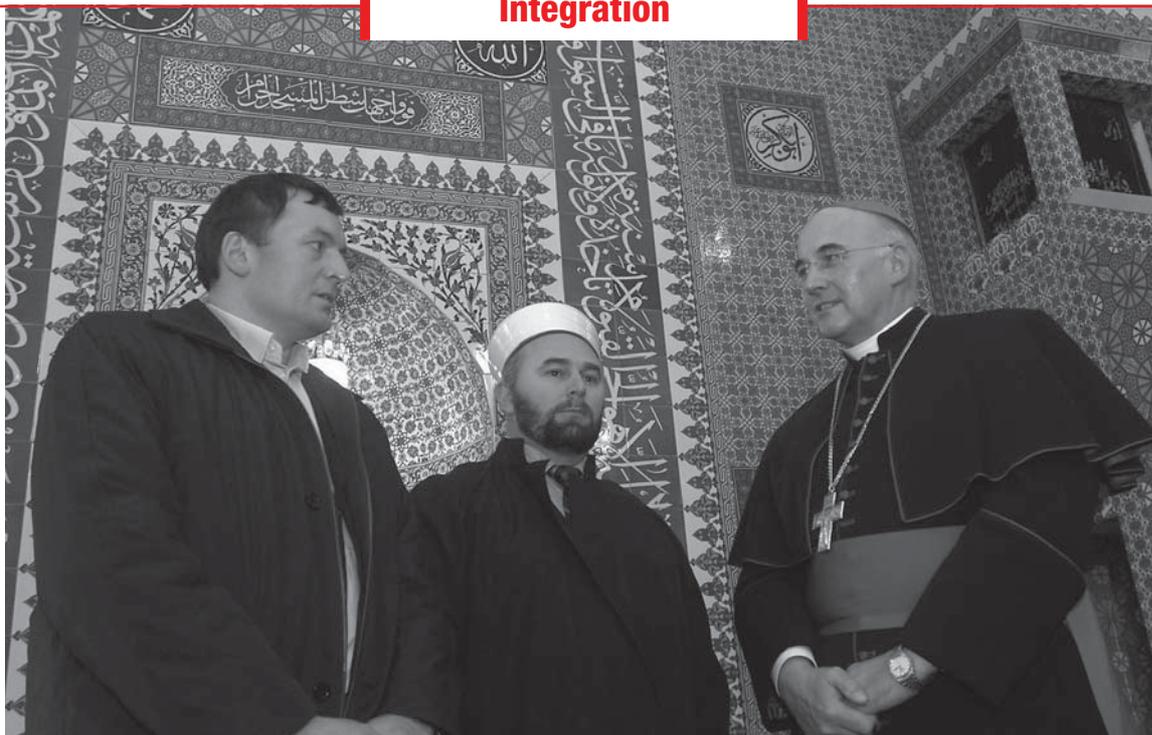


Weihbischof Franz Vorrath ist Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes im Bistum Essen und Vorsitzender der Katholischen Arbeitsgemeinschaft Migration.



Ein Zeichen für ein Miteinander: Essens Bischof Felix Genn besuchte im Januar 2005 die neugebaute El-Aksa-Moschee (Türkisch-Islamischer Kulturverein) in Gelsenkirchen-Hassel. Er traf dort den Imam Ali Kasli und Mehmet Ortabas, Vorsitzender des Gemeindevorstands.

Foto: Martin Engelbrecht



- ▶ fassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgerichtet sein. Die sozialen Indikatoren im Bereich Arbeit und Einkommen, Wohnen und Bildung sprechen hier eine deutliche Sprache. Es bleibt noch viel zu tun, bis eine gleichberechtigte wirtschaftliche und soziale, kulturelle, rechtliche und politische Teilhabe der Zuwanderer erreicht ist.

Vision von der Einheit aller Menschen, Völker und Kulturen

Integration braucht schließlich im vierten Schritt eine theologische Orientierung, die über den Abbau von Benachteiligung hinausgeht. Warum eigentlich sollen Fremde keine Fremden bleiben? Was spricht dagegen, dass jede ethnische und religiöse Gruppe für sich allein glücklich wird? Warum reicht uns ein halbwegs friedliches Nebeneinander nicht aus? Warum sollen wir so viel Kraft in ein gelingendes Miteinander investieren? Für Christen geht es dabei um die Einheit der Heilsgeschichte. Gott ist der Schöpfer und Vollender der ganzen Welt, aller Völker und Kulturen. Sein Heilswille umfasst die ganze Menschheit. Jeder Einzelne hat seinen Ursprung und sein Ziel in Gott. Wir finden diesen Gedanken der Universalität der Geschichte bereits im Motiv der Völkerwallfahrt zum Berg Zion bei Jesaja (2,2-4; vgl. Mi 4,1-3). Er ist grundlegend für das kirchliche Verständnis von Kulturen und Religionen. Und er hat konkrete Folgen: Wenn sich die Kirche als „Zeichen und Werkzeug“ dieses universalen Heils versteht, als Zeichen und Werkzeug der in Gott begründeten Einheit der Menschheitsfamilie, dann muss dies zunächst innerhalb der Kirche, aber auch im kirchlichen Handeln nach außen sichtbar werden.

Integrationsengagement der Kirche

Dabei können die Kirche und ihre Caritas auf eine lange und breite Tradition zurückblicken. Sie haben erhebliche Integrationsleistungen erbracht. Dies gilt für die Gemeinden vor Ort mit ihren Kindertagesstätten und dem Engagement für Asylsuchende und Flüchtlinge. Es gilt für die muttersprachlichen Gemeinden und die Sozialberatung der Caritas. Es gilt auch für die Einrichtungen im Bereich der Gesundheitshilfe, der Familienhilfe und der Jugendhilfe. Es gilt nicht zuletzt für die kirchliche Bildungsarbeit.

Der Integrationsprozess ist jedoch ein dynamisches Geschehen, ein fortschreitender Lernprozess, bei dem sich niemand auf der Tribüne ausruhen kann. Wir sind auf einem guten Weg, aber noch nicht am Ende des Weges. In Strukturen der Pfarrgemeinden und der kirchlichen Verbände sind katholische Zuwanderer bisher noch nicht ausreichend vertreten. Die Kontakte zwischen den Ortsgemeinden und den muttersprachlichen Gemeinden sind vielfach nicht von solcher Qualität, dass Kirche als Volk aus Völkern wirklich erlebbar würde. In der kirchlichen Jugendarbeit kann die multiethnische Realität von Kirche und Gesellschaft noch stärker wahrgenommen und Bestandteil der Arbeit werden. Unbefriedigend ist auch die Tatsache, dass der Anteil der bei der Kirche und ihrer Caritas angestellten Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund nicht ihrem Anteil an der katholischen Bevölkerung entspricht.

Dialog mit dem Islam

Eine spezielle Kompetenz bringen Kirche und Caritas mit, wenn es um die Rolle der Religion bei der Integration geht. Angesichts der großen Zahl türkischstämmiger

Migranten steht dabei vor allem der Islam im Vordergrund. Weil der säkulare Staat selbst kein Akteur im interreligiösen Dialog sein kann, kommt es besonders in diesem Bereich darauf an, die Arbeit der Kirchen und der muslimischen Gemeinden und Verbände zu unterstützen. Innerkirchlich müssen die guten Ansätze des christlich-islamischen Dialogs weitergeführt und intensiviert werden. Es müssen dauerhafte und verlässliche Dialogstrukturen besonders auf kommunaler Ebene und in Stadtteilen mit hohen Zuwandereranteilen aufgebaut werden.

Der interreligiöse Dialog darf dabei nicht auf Gemeinden und Initiativen beschränkt bleiben. Er gehört auch zum Profil katholischer Einrichtungen in einer Einwanderergesellschaft und muss implementiert werden in Krankenhäuser, Pflegedienste, Beratungsstellen, Behindertenheime etc. Dabei ist auch die Sprachfähigkeit mit Blick auf den eigenen Glauben wieder neu zu lernen. Von diesem notwendigen Dialog mit dem Islam dürfen uns internationaler Terrorismus und islamistische Tendenzen auch in Deutschland nicht abhalten. Die überwiegende Mehrheit der Muslime in Deutschland lehnt die Instrumentalisierung des islamischen Glaubens für politisch-ideologische und terroristische Ziele entschieden ab. Das Zusammenleben von Christen und Muslimen in Deutschland bietet eine große Chance, ein

Gegenmodell zum behaupteten Kampf der Kulturen zu entwickeln und die These von der Inkompatibilität des Islam mit dem Westen zu widerlegen.

Das konkrete Vorbild wirkt inspirierend und herausfordernd

Inspirierend und herausfordernd sind wir als Kirche für die Gesellschaft nur dann, wenn wir uns selbst ganz konkret einsetzen für ein gelingendes Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten. Wenn sich unsere Gemeinden mit ihren Einrichtungen, kirchliche Verbände ebenso wie Dienste und Einrichtungen der Caritas stark machen für eine Kultur der Aufnahme, für eine Integration in Würde, dann engagieren wir uns in einer der zentralen Herausforderungen unserer Zeit und geben gleichzeitig ein Glaubenszeugnis. Das Jahresthema der Caritas 2006 „Integration beginnt im Kopf. Für ein besseres Miteinander von Deutschen und Zuwanderern“ ist dazu eine weitere gute Gelegenheit. ◀

Beispiele von Integrations- und Migrationsarbeit der Caritas

Aachen

Der Fachdienst für Migration und Integration des Caritasverbandes für die Region Aachen ist der größte im Bistum. Sein Angebot reicht von der Migrationserstberatung über die nachholende Integration, Flüchtlings- und Aussiedlerberatung bis hin zur Weiterwanderung und Rückkehr. Ein Beispiel für die Vielfalt ist das **Engagement im Stadtteil**, wo mit Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien Streetwork, Gewaltprävention, Qualifizierungsmaßnahmen und Freizeitangebote durchgeführt werden.

Stolberg

Der SkF Stolberg ist Träger der „Tagesstätte für spanische Kinder“. Die ehemals für die Kinder der vielen spanischen Familien in Stolberg gegründete Tagesstätte hat sich mittlerweile für **Kinder aus allen Ländern** geöffnet. In drei Gruppen erleben 55 Kinder, darunter 46 aus Migrantenfamilien, interkulturelle Gemeinschaft. Die Vielfalt der vertretenen Nationen prägt den Tagesstätten-Ablauf.

Düren

Der SkF Düren arbeitet mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Zuwandererfamilien und trägt im Rahmen eines vom Bund finanzierten beispielhaften Projektes zum **Zusammenleben** von Einheimischen und Zuwanderern bei.

Mönchengladbach

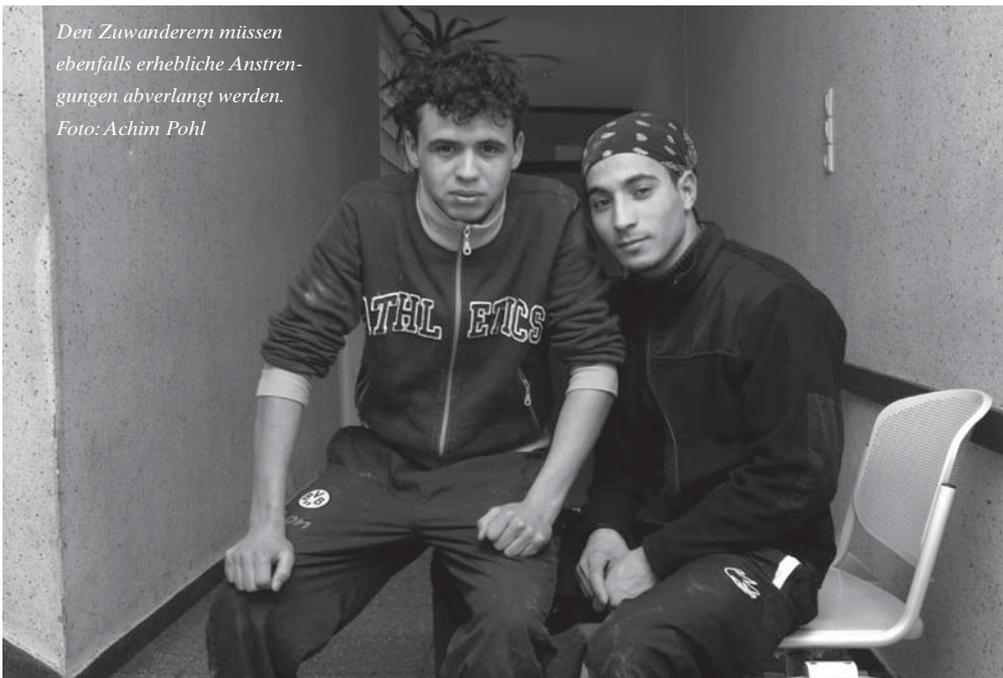
Der Fachdienst beim SKM Rheydt hat in der Stadt Mönchengladbach dafür gesorgt, dass Integration groß geschrieben wird. Der Fachdienst ist federführend für die **Vernetzung der Träger** von Integrationsangeboten und -projekten. Die Zusammenarbeit zwischen der Kommune und den beteiligten Verbänden spielt dabei eine herausragende Rolle.

Essen

Der Fachdienst für Migration und Integration in Essen befindet sich in Trägerschaft des Diözesan-Caritasverbandes. Das Angebot reicht von der **Migrationserstberatung** über die **nachholende Integration, Rückkehrberatung** bis hin zur **Rechtsberatung** für Flüchtlinge, Spätaussiedler und Migranten. Diese Rechtsberatung wird an vier Tagen im Beratungszentrum, Kaninenberghöhe, angeboten. Gleichmaßen ist der DiCV **Mitgründer der AG Migration**, eines Zusammenschlusses der Essener Wohlfahrtsverbände, aus der dann das MEB-Netzwerk hervorgegangen ist. Gleichmaßen gibt es eine Kooperation mit dem OCV Essen, der sich hauptsächlich um die Spätaussiedler- und Flüchtlingsarbeit bemüht.

Den Zuwanderern müssen ebenfalls erhebliche Anstrengungen abverlangt werden.

Foto: Achim Pohl





Suche nach Heimat



Spätaussiedler gelten als „die Russen“ – die Caritas hilft auch den Älteren bei der Integration

Einen alten Baum soll man nicht verpflanzen, sagt ein Sprichwort. Doch das Schicksal richtet sich nicht nach solchen Bauernregeln. Knapp 60 000 Spätaussiedler kamen 2004 nach Deutschland, etwa ein Drittel ist älter als 50 Jahre. Sie finden nur schwer Kontakt mit Einheimischen. In Wanne-Eickel fördert der Caritasverband Herne die Altenarbeit besonders für diese Zielgruppe.

Der Neuanfang in Deutschland ist für alle Generationen von Spätaussiedlern und ihre Angehörigen nicht einfach. Aber während es für die Jungen verschiedene Integrationsangebote gibt, bleibt für die Älteren häufig nicht viel. Die sozialen und kulturellen Angebote der Altenarbeit stoßen in dieser Gruppe kaum auf Interesse. Viele Senioren bleiben isoliert. Das Land Nordrhein-Westfalen erprobt daher in knapp 120 Modellprojekten mit der Freien Wohlfahrtspflege neue Integrationsansätze.

Ziele des Modellprojekts in Herne sind die Förderung von Selbsthilfe und Ehrenamt unter den Migranten und die Kooperation und Vernetzung mit Trägern in der offenen Altenarbeit. Migranten sollen außerdem in bestehende Angebote integriert werden. Das klappt allerdings nur, wenn die Regelangebote in der offenen Altenarbeit tatsächlich auch dieser Gruppe offen ste-

hen. Doch nur 40 Prozent der vom Caritasverband Herne angeschriebenen Gruppen bekundeten zumindest Interesse, mit Spätaussiedlern zusammenzuarbeiten. Im Gemeindehaus der Gemeinde „Allerheiligste Dreifaltigkeit“ in Wanne-Eickel hat sich auf Initiative des Caritasverbandes eine Gruppe älterer Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler zusammengefunden. Ein Jahr lang werden sie intensiv, danach in verringertem Umfang von Caritasmitarbeitern begleitet. Bei den wöchentlichen Treffen sprechen sie über ihre Erlebnisse und Probleme und singen wehmütige Lieder über Kamillenblumen, ihre Dörfer und – das ist offensichtlich ein weltweites Phänomen – unerfüllte Liebe. Die meisten sprechen passables Deutsch, suchen nur manchmal etwas länger nach einem Begriff. Woran liegt es also, dass kein Dialog zwischen den Einheimischen und ihnen zu Stande kommt? „In Russland waren wir die Deutschen, und hier sind wir die Russen“, meint eine Teilnehmerin verbittert. Und Emma fügt hinzu: „Ich gehe hier schon so lange zur Kirche, und noch nie hat jemand mit mir gesprochen.“ Ein Satz, der nachdenklich stimmt.

Das Gefühl, nicht angenommen zu sein, hat die meisten ihr Leben lang begleitet. Was sie mitgemacht haben, würde in den meisten Fällen für drei Leben reichen. So wie bei Emma, die 1928 als Tochter einer deutschen Familie im Kaukasus geboren wurde. „Deutsch ist meine Muttersprache, das klappt immer noch gut“, sagt sie. 1941 wurden sie und ihre Familie nach Kasachstan verschleppt, mussten Russisch lernen. Als Jugendliche fiel es Emma damals leichter als älteren Generationen, doch unter solchen Bedingungen kann man nicht heimisch werden. „Die Deutschstämmigen haben Russisch erst als Fremdsprache gelernt. Der Akzent lässt sich nicht verleugnen, daher waren sie auch bei den Russen nicht gut angesehen“, erklärt Olga Emmer, die die Gruppe anleitet.

Krieg, Flucht und Vertreibung rissen viele Familien auseinander, ließen Kinder zu Waisen werden und Frauen zu Witwen. Diese Motive sind bis heute das Trauma der älteren Generation. Emma war später zehn Jahre lang in Sibirien, zog anschließend wieder nach Kasachstan. Seit elf Jahren ist sie in Deutschland. „Ich habe viel mitgemacht. Vielleicht zu viel“, meint sie rückblickend. Alle aus der Gruppe nicken. Sie könnten ähnliche Ge-

Wehmütige Lieder über Kamillenblumen und die Liebe

Fotos: Konopka



schichten erzählen, tragische Geschichten zumeist. Auch die Ankunft in Deutschland markiert nicht etwa das glückliche Ende, sondern lediglich einen weiteren Meilenstein auf der Suche nach der Heimat. Doch die Heimat ist gar nicht so, wie sie es sich ihr Leben lang vorgestellt haben.

Vier Kinder hat Emma, ist bereits dreifache Urgroßmutter. Ihre Familie ist inzwischen über ganz Nordrhein-Westfalen verteilt. In Russland war das anders, wenn auch aus ganz praktischen Gründen: Häufig dauerte es jahrelang, bis eine junge Familie eine eigene Wohnung bekam. Heute läuft manchmal ein Graben quer durch die Generationen: Die Jüngeren sprechen nur noch deutsch, die Älteren sprechen fast nur russisch, die mittlere Generation muss übersetzen.

Kulturelle Unterschiede überfordern

Spätaussiedler, die erst im Rentenalter nach Deutschland kommen, sind mit den kulturellen Unterschieden häufig überfordert. „Zweimal bin ich zum Kaffee eingeladen worden“, berichtet Frau Hirsch und schüttelt sich bei der Erinnerung an das bittere Getränk. In Russland bevorzugt man Tee. Das sind vordergründige Unterschiede, Kleinigkeiten, die man mit etwas gutem Willen von beiden Seiten durchaus überwinden könnte. Im Alltag klappt die Integration häufig besser als in festen Gruppen. In der Nachbarschaft kommen die meisten Spätaussiedler gut zurecht, knüpfen Kontakte und helfen sich gegenseitig. Und auch die Sprache ist kein wirkliches Hindernis, wenn man beim Zuhören etwas Geduld mitbringt. „Meine Nachbarin türkisch. Aber ist gut Freundin“, berichtet eine andere Frau. Schwierigkeiten schweißen zusammen, wie etwa in den Häusern an der Deutschen Straße in Wanne-Eickel, wo so ziemlich alle Nationalitäten vertreten und die Deutschen in der Minderheit sind.

Die meisten Spätaussiedler kamen zwischen 1987 und 1993 nach Deutschland, seitdem sinkt die Zahl aufgrund von zusätzlichen staatlichen Hürden beständig. Aber es kommen nach wie vor kontinuierlich Menschen aus den GUS-Staaten in die Bundesrepublik, um im fernen und

fremden Deutschland einen Neuanfang zu wagen. „Die Gründe kann man oft kaum nachvollziehen, wenn man die Lebensumstände nicht kennt. Viele wollen einfach in der Heimat Erde bestattet werden oder ihre Kinder und Enkel endlich ‚nach Hause‘ bringen“, erläutert Bernd Zerbe, Abteilungsleiter für soziale Dienste beim Caritasverband Herne.

Für das Projekt wurden Migranten über 55 Jahren gezielt in ihrem Wohnumfeld angesprochen. Eine eigene Gruppe extra für Spätaussiedler ist nur die zweitbeste Lösung, dessen ist man sich beim Caritasverband bewusst. Doch mit diesem Potenzial, so hofft man, sollen langfristig das freiwillige Engagement und die Selbsthilfe älterer Migrantinnen und Migranten gefördert werden. Daher ist vorgesehen, diese Gruppen mit den etablierten Institutionen der offenen Altenarbeit zu vernetzen. Caritasmitarbeiter haben die bestehenden Angebote für Senioren in den Bereichen Kultur, Freizeit und Bildung erfasst und die Organisatoren hinsichtlich einer interkulturellen Öffnung befragt und beraten. Die meisten Seniorengruppen bestehen schon lange, ihre Mitglieder haben feste Gewohnheiten und Regeln. Eine Öffnung für Spätaussiedler ist nicht mal „eben so“ zu erreichen. Erfolgversprechender scheint ein gemeinsames Hobby als Grundlage zu sein, hat man auch beim Caritasverband Herne erkannt, nach Bedarf sollen daher weitere Angebote in den Bereichen Freizeit, Bildung und Kultur initiiert werden. Das Interesse seitens der Spätaussiedler ist da: „Seht her, wir sind auch Menschen. Und wir sind bereit.“ ◀

Claudia Konopka

Solingen

„Grenzen überwinden – Interkulturelles Pflegen und Begleiten“ ist der Titel des Projektes des Fachdienstes für Integration und Migration des Caritasverbandes für die Stadt Solingen e.V. Es zielt auf die **verbesserte medizinische und pflegerische Versorgung älterer Migranten**. Viele Migrantenfamilien sind nur wenig über die Möglichkeiten der ambulanten und stationären Pflege informiert. Gleichzeitig sind Pflegedienste häufig wenig vertraut mit den Pflegeanforderungen in Migrantenfamilien. Ziel des Projektes ist es, beide Seiten mit den notwendigen Informationen und Kenntnissen zu versorgen. Durch den Aufbau des Netzwerks „Pflege und Begleitung“, bestehend aus Gemeindecaritas, Betreutem Wohnen, Caritas-Pflegestation und Palliativem Hospiz in Kooperation mit dem Fachdienst für Integration und Migration, können alle Bereiche der Betreuung von leichter Pflege bis hin zu Sterbegleitung auf die Bedürfnisse der Migranten ausgerichtet werden.

Bistum Münster

In sieben Regionen organisierte **Fachdienste für Migration**, die teilweise mit multikulturellen Teams besetzt sind, kümmern sich in der Diözese Münster sowohl um die Erstberatung als auch um die so genannte „weiterführende und nachholende Migrations- und Flüchtlingsberatung“. Sie bieten nicht nur an ihren jeweiligen Standorten, sondern auch in umliegenden Orten Sprechstunden an.

Rheine

Der Caritasverband Rheine ist Träger des Centro San Antonio. Migranten verschiedener Nationen treffen sich dort zu **Sprachkursen, Gesprächskreisen, in Frauengruppen** und in einem **Tanzkreis**. Eng zusammengearbeitet wird mit den Jugendausbildungsstätten und dem Projekt Raduga, um ausländische Jugendliche und Aussiedler auf Ausbildung und Arbeit vorzubereiten.

Mettmann

Der Caritasverband für den Kreis Mettmann e.V. und die Kreisverwaltung Mettmann haben ein Kooperationsprojekt mit dem Titel „Willkommen im Kreis Mettmann“ gegründet. Ziel ist es, ein **Inter-netportal für Zuwanderer und Migranten** im Kreisgebiet zu entwickeln, in dem zukünftig alle Angebote veröffentlicht werden, die der Integration von Zuwanderern im Kreisgebiet dienen. Darüber hinaus sollen bestehende kulturspezifische Angebote der hier lebenden Migrantengruppen präsentiert werden. Das Internetportal wird mehrsprachig aufgebaut. Parallel zum Internetportal ist eine gedruckte Informationsbroschüre geplant, die Grundinformationen für Zuwanderer im Kreis Mettmann liefert.



*Im kindlichen Spiel gelingt das interkulturelle Miteinander oft leicht – in der Arbeitswelt, auch bei der Caritas, muss man bewusst etwas dafür tun!
Foto: Meinschäfer*

Interkulturelle Öffnung



Paolo Miribung ist Fachreferent im Bereich Soziale Sicherung und Integration beim Diözesan-Caritasverband Aachen.

In Deutschland leben Menschen aus verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Einstellungen und Lebensweisen. Migranten sind zu einem festen Bestandteil unserer Gesellschaft geworden. Sind sie es auch in den Diensten und Einrichtungen der Caritas, oder wird ihre Anwesenheit als Störung des „Normalablaufes“ empfunden?

Viele Institutionen sehen keinen Anlass oder Zwang für eine interkulturelle Öffnung, weil ihre Existenz und Daseinsberechtigung auch ohne interkulturelle Öffnung nicht in Frage gestellt ist. Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass normative Forderungen und moralische Appelle wenig bewirken. Beharrungstendenzen können oft nur mit Druck von außen, etwa in Form

von entsprechenden Auflagen in den Förderrichtlinien, überwunden werden. Im günstigen Fall sind es Einzelne oder Gruppen, die als Pioniere den Impuls geben, die Initiative ergreifen.

Interkulturelle Öffnung bedeutet zuallererst Sensibilität gegenüber Zuwanderern. Wenn ich offen bin, vielleicht auch verbunden mit einer Portion Neugier dem „Fremden“ gegenüberstehe, ist der erste Schritt bereits getan. Interkulturelle Öffnung setzt interkulturelle Kompetenz voraus. Interkulturelle Kompetenz ist in erster Linie eine Frage der Einstellung, der Bereitschaft zur Selbstreflexion und der Offenheit für Fremde und Fremdes. Diese individuelle Komponente ist gleichzeitig die Voraussetzung für den Blick auf die Nutzer einerseits und die Einrichtung andererseits.

Der Blick auf die Nutzer beinhaltet Fragen, die auf die Wahrnehmung und Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund zielen, auf mögliche Zugangsbarrieren des eigenen Angebotes. Nehmen Migranten die Einrichtung entsprechend ihrem Proporz in Anspruch? Werden Zugangsbarrieren erkannt, und wie werden sie beseitigt? Werden die Angebote und Arbeitsstrukturen regelmäßig überprüft und angepasst?

Verantwortung der Leitung

Damit interkulturelle Öffnung eine Chance hat, muss sie in der Organisations- und Personalentwicklung der Einrichtung verankert sein. Interkulturelle Öffnung geschieht nicht von allein, sie muss gefördert werden, sie liegt in der Verantwortung der Leitung. Das betrifft Bereiche wie Leitbild, Management, Personalentwicklung und Teambildung gleichermaßen. Sind die interkulturellen Kompetenzen der Mitarbeiter bekannt und entsprechend eingesetzt? Besteht die Bereitschaft, Mitarbeiter mit Migrationshintergrund einzustellen? Haben die Mitarbeiter die Möglichkeit, neue kulturelle

Wissens- und Handlungskompetenzen zu erwerben? Wie wird mit Fällen von Ausgrenzung und Diskriminierung umgegangen? Das sind einige von vielen Fragen, die sich eine Einrichtung in diesem Zusammenhang stellen muss.

Interkulturelle Öffnung – leicht gemacht? Keinesfalls! Ihre Umsetzung offenbart Verunsicherung, Spannung und Krisen – aber auch Chancen. Sie ist vor allem ein Weg, an dessen Ende man behaupten kann, dass die Chancengleichheit von Menschen mit Migrationshintergrund beim Zugang zu sozialen Diensten und Einrichtungen hergestellt ist.

Eine kleine Hilfe auf diesem Weg könnte die vom Caritasverband für das Bistum Aachen entwickelte „Handreichung zur Überprüfung der interkulturellen Öffnung von Diensten und Einrichtungen“ sein. ◀

Alltagsgeschichten

Beten am Parkplatz

Ein milder Winterabend im Advent. Von einem kleinen Bummel durch die Essener Gruga kehre ich zurück zu meinem Auto. Es ist das vorletzte – sonst steht nur noch ein gelbes Taxi mitten auf dem großen Parkplatz an der Norbertstraße. Und ein Mann, der daneben steht.

Was der da wohl macht? Und was hat er da auf dem Boden liegen? Ist das eine Folie oder eine Decke? Will er womöglich hier mitten auf dem Parkplatz sein Taxi reparieren? Vielleicht will er den Wagen sogar aufbrechen?

Und dann nimmt der Mann noch einmal die Decke, die sich als kleiner Teppich entpuppt, legt sie ordentlich in den Schatten seines Taxis, stellt sich davor und verharret. Dann verbeugt er sich, kniet sich auf den Teppich und verneigt sich, bis seine Stirn den Teppich berührt. Es ist kurz vor halb fünf – Sonnenuntergang?

Welch gleichsam schöne und skurrile Szene: Da stehen mitten auf dem Parkplatz ein Taxi und ein Mann, der sein Abendgebet spricht.

Schön, dass solche Szenen einen Platz in dieser Stadt haben. Diese Geschichte erspart einem lange Ausführungen zum Thema Integration und Fremdenfeindlichkeit.



Rudi Löffelsend,
Pressesprecher der Caritas
im Ruhrbistum

Herten

Die Caritas Herten bietet gleich zwei spezielle Projekte im Bereich Migration an. Im Atelier Regenbogen arbeiten Migranten vor allem aus Afrika mit Deutschen in **Beschäftigungsmaßnahmen der Arbeitsagentur** zusammen, um Möbel und Haushaltsgegenstände phantasievoll aufzubereiten und zu verkaufen. Im **Haus der Kulturen** haben alle Träger der Migrationsarbeit in Herten zusammengefunden und bieten gemeinsam ihre Dienste an. Der Vorteil: Es können längere Öffnungszeiten angeboten werden, und die Mitarbeiter können sich in Spezialfragen einarbeiten und gegenseitig beraten.

Paderborn

Nur noch wenige Tausend aramäische (syrisch-orthodoxe) Christen leben in der Region Tur Abdin im Südosten der Türkei. Die meisten sind geflohen. Vor dem Verbot ihrer Sprache, ihrer Kultur, vor der persönlichen, religiösen und beruflichen Diskriminierung. Das Volk, das im Gottesdienst die Sprache Jesu spricht, lebt heute überwiegend im Ausland, seit 1975 auch im Kreis Paderborn, wo es inzwischen zwei Gemeinden gibt. Über drei Viertel aller Aramäer sind bereits eingebürgert, viele haben eigene Geschäfte oder gastronomische Betriebe. Die **Beratungsstelle für aramäische Christen** des Caritasverbandes Paderborn muss deren besondere Situation berücksichtigen. Viele laufen Gefahr, nach dem Verlust der Heimat nun auch noch ihre Identität als Aramäer zu verlieren. So beherrschen z. B. immer weniger aramäische Jugendliche ihre Muttersprache. Zahlreiche Angebote in der Jugend- und Frauenarbeit wollen daher Identität stiften, gleichzeitig aber auch die Offenheit auf andere Kulturen hin vermitteln.

Lippstadt

In Lippstadt gibt es das „Haus der Kulturen“ für Begegnung und Austausch. Es wird getragen vom SKM und der Diakonie. Das „Haus der Kulturen“ ist **offen für alle Nationalitäten**. Es bietet Beratung, Gesprächskreis und eine Fülle von Freizeitangeboten. Bei manchen Veranstaltungen sind bis zu einem Viertel der Teilnehmer Deutsche. Die Angebote zielen auf eine neue Form der Begegnung, auf **Integration durch gemeinsames Erleben**.

Harsewinkel

Im Projekt Damanns Hof betreut die Caritas seit vielen Jahren **syrisch-orthodoxe Christen** aus drei Dörfern, die sich hier konzentriert angesiedelt haben. Geplant ist, hier das Projekt „Theater am Stein“ anzusiedeln, in dem Jugendliche verschiedener Nationen sich über das Schauspiel mit ihrer Situation auseinandersetzen.



„Integration ist jetzt Kernaufgabe“

Interview mit Armin Laschet (CDU), NRW-Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration

Das gab es noch nicht in NRW: ein neu geschaffenes Ministerium, zu dessen Schwerpunkten Fragen der Altersentwicklung der Gesellschaft und die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger gehören. Markus Lahrmann sprach mit dem Minister über Parallelgesellschaften, Kopftuchverbot und neue Integrationskonzepte.



*Armin Laschet (CDU) stammt aus Aachen. Er studierte Jura, arbeitete als Journalist beim Bayerischen Fernsehen und als Chefredakteur und Verlagsleiter bei der Aachener Kirchenzeitung. Von 1994 bis 1998 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1999 bis 2005 Mitglied des Europäischen Parlaments. Am 24. Juni 2005 ernannte ihn Ministerpräsident Jürgen Rüttgers überraschend zum Minister in der Düsseldorfer Landesregierung.
Foto: Rainer Unkel/vario-press*

Caritas in NRW: Herr Minister, Sie sind der Erste, der in Deutschland ein Ministerium für „Integration“ leitet. Was ist damit beabsichtigt?

Armin Laschet: Wir sind eine multikulturelle Gesellschaft. In Nordrhein-Westfalen haben 25 Prozent der Menschen Zuwanderungsgeschichte, entweder als Spätaussiedler aus der früheren Sowjetunion oder als türkische Staatsbürger oder als Angehörige anderer Nationalitäten. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung gesagt, dass sich am Gelingen der Integration der Zusammenhalt der Gesellschaft entscheidet. Dem ist nichts hinzuzufügen.

► *Manche hat es verwundert, dass gerade die CDU ein solches Ministerium schafft.*

Das kann nur den überraschen, der die CDU nicht kennt. In der Tat haben mir manche Kollegen auch aus anderen Fraktionen gesagt, auf die Idee hätten wir eigentlich auch mal kommen sollen. Natürlich ist auch vorher Integrationsarbeit gemacht worden, auch gute Arbeit. Aber sie war organisatorisch eine Gruppe im Sozialministerium. Der höhere Stellenwert mit eigenem Ministerium ist Programm und steht auch der CDU gut an.

► *Sie knüpfen an der bisherigen Integrationspolitik im Land an?*

Ja, das ist eines der Themen, wo es einen parteiübergreifenden Konsens gibt. Es gab 2001 die gemeinsame Integrationsoffensive aller Fraktionen des Landtags. Die wollen wir fortführen, da ist längst nicht alles umgesetzt worden. Integration ist jetzt eine Kernaufgabe dieses Ministeriums.

► *Sie wollen eine neue, ganzheitliche Integrationsförderung auf den Weg bringen, heißt es. Was ist damit gemeint?*

Die Landesregierung hat jüngst eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die das Thema querschnittsmäßig behandelt. Denn Integrationspolitik betrifft jedes Ministerium. Der Bauminister muss in der Stadtplanung Integration im Blick haben. Die Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik muss Integration berücksichtigen. Die Wirtschaftsministerin muss Integration im Blick haben, denn das Thema ist auch von großer wirtschaftlicher Bedeutung. In einer älter werdenden Gesellschaft, in der demnächst mehr als die Hälfte der Menschen über 60 Jahre alt ist, braucht man jeden Einzelnen auch für den Arbeitsmarkt. Die christliche Caritas kümmert sich

um die Menschen, weil's um die Menschen geht. Selbst wenn es ökonomisch nicht notwendig wäre. Aber heute können es sich die Gesellschaft und die Wirtschaft nicht mehr erlauben, Potenziale unerschöpft zu lassen. Keiner darf in seinen Bildungschancen verloren gehen.

► *Gibt es für Sie eine Definition von Integration? Was ist Integration, so wie Sie sie verstehen?*

Integration bedeutet, das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen in diesem Land friedlich zu ermöglichen. Jeder erhält seine eigene Kultur – aber auf einer gemeinsamen Wertebasis. Grundlage einer solchen gemeinsamen Leitkultur ist die Verfassung. Das bedeutet, dass es beispielsweise keine „kulturbedingten Straftaten“ gibt. Es gibt deutsche Gerichte, die Straftaten als kulturbedingt entschuldigt haben. Das ist keine Integration. Die Gesellschaft kann auch nicht akzeptieren, dass Mädchen mit 13 Jahren zwangsverheiratet werden. Das ist nicht mit unserer Werteordnung vereinbar. Integration bedeutet, die unterschiedlichen Kulturen nebeneinander und miteinander leben zu lassen und den Austausch zu fördern. Interkulturelle Begegnung lässt keine Ghettos zu und ist auch keine Assimilation.

► *Dient ein Kopftuchverbot der Integration, wie es die Landesregierung jetzt beschlossen hat?*

Lehrerinnen und Lehrer sind zu einer besonderen Neutralität verpflichtet. Ein Lehrer kann in der Schule nicht seine politische Meinung bekunden. Insofern ist die positive Religionsfreiheit des Lehrers der negativen Religionsfreiheit des Kindes gegenübergestellt. Wenn in einer Klasse fünf Mädchen muslimischen Glau-

bens sind und drei ein Kopftuch tragen und zwei nicht, bezieht die Lehrerin, die das Kopftuch trägt, Partei. Die Lehrerin ist Vorbild, und der Druck auf die, die es nicht tragen, wird erhöht. Hier erklärt das neue Gesetz die Schule als staatlichen Raum für neutral. Dieses Gesetz, das Nordrhein-Westfalen einführt, ist exakt das Gleiche wie in Baden-Württemberg. Dort ist es seit zwei Jahren Praxis. Sieben Bundesländer haben ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen.

► *Kann das Kopftuchverbot als Signal von Muslimen als Ausgrenzung verstanden werden?*

Nein, die Sorge habe ich nicht. Längst nicht jede muslimische Frau trägt das Kopftuch. Im Gegenteil: In der Türkei kennt man es aus der eigenen Tradition, dass Frauen mit dem Kopftuch nicht mehr an die Universität dürfen. Die Türken kennen genau diese Trennung von Staat und Kirche. Ich plädiere allerdings dafür, das Thema nicht zu hochzuspielen, es geht nur um Lehrerinnen. In meinem Ministerium arbeiten auch zwei Frauen mit Kopftuch, im öffentlichen Dienst werden sie arbeiten, an vielen Orten können sie tätig sein – nur nicht in der Schule. Übrigens führen wir demnächst muslimischen Religionsunterricht ein. ►



Foto: Lahrmann

Siegen

Hand in Hand arbeiten seit 28 Jahren in Siegen Sozialarbeiter des Caritasverbandes Siegen-Wittgenstein und Priester für die dort lebenden Kroaten. In ihrem Gemeindezentrum finden sie Heimat und Hilfe auf dem **Weg vom „Gastarbeiter“ zum selbstbewussten Mitbürger**. Eine wichtige Aufgabe sieht der Sozialdienst darin, die Integration und das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen und Religionen zu fördern.

Hagen

Ausländer sind in Deutschland stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Einheimische. Dies ist auch in Hagen so: Hier liegt die Arbeitslosenquote bei Ausländern bei rund 25 Prozent. Besonders schwer ist es für jugendliche Ausländer, im Arbeitsleben Fuß zu fassen. Schlechte oder fehlende Schulabschlüsse und Sprachprobleme sind die Hauptursachen. Der Caritasverband Hagen macht sich gemeinsam mit der Agentur für Arbeit für die **berufliche Eingliederung von jungen Ausländern** stark. Seit über 20 Jahren gibt es eine besondere Berufsvorbereitung für ausländische und einheimische Jugendliche. Ziel ist es, ihnen eine Starthilfe zu geben, um eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle zu finden.

Unna

Rund 300 jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion leben allein im Kreis Unna. Sie haben in Deutschland eine doppelte Hürde zu bewältigen: zum einen die Integration in eine völlig fremde Gesellschaft, zum anderen die Wiederentdeckung des eigenen jüdischen Glaubens, der zwei Generationen lang nicht gelebt werden durfte. Bei beiden Aufgaben hilft der Migrationsdienst der Caritas. Neben der klassischen Einzelfallhilfe und dem Angebot von Orientierungskursen unterstützte die Caritas die **Gründung einer jüdischen Sonntagsschule**, in der Kinder und Jugendliche in die jüdische Religion und Kultur eingeführt werden und Nachhilfunterricht erhalten.

In der **Landesstelle Unna-Massen** hilft die Caritas Spätaussiedlern bei den ersten Schritten in ein neues Leben. Neben materieller Unterstützung suchen Spätaussiedler vor allem Rat in sozialen Fragen. Für den „Dschungel“ der deutschen Gesetze finden Aussiedler und Flüchtlinge in der Caritas kompetente Berater. Neben **Aussiedlern aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion** hat die Katholische Aussiedler- und Flüchtlingshilfe des Diözesan-Caritasverbandes in Unna-Massen vielen anderen Migranten geholfen: zum Beispiel **Vietnamesen, DDR-Bürgern, jüdischen Emigranten sowie Flüchtlingen aus Bosnien und dem Kosovo**.



Integration

Armin Lüscher (CDU)
NRW-Minister für Generationen,
Familie, Frauen
und Integration

► Das zeigt auch, dass es beim Kopftuchverbot nicht um Diskriminierung oder Ausgrenzung der Religionen geht. Denn wir holen ja Tausende Religionslehrer, die Islamkunde vermitteln, in die Schulen hinein. Ein größeres Integrationssignal kann man einer Religionsgemeinschaft gegenüber kaum geben.

► *Was tun Sie, um Parallelgesellschaften zu verhindern? Kann man mit Integrationsbemühungen staatlicherseits Abschottung und Radikalisierung vermeiden?*

Man kann und muss an unterschiedlichen Punkten ansetzen: Das Großräumige ist die Städtebaupolitik. Wir haben nicht solche Vororte wie Paris, aus denen sich der Staat quasi ganz zurückgezogen hat. Dort ist das größere Problem übrigens die soziale Ausgrenzung und nicht so sehr der Zuwanderungshintergrund ...

► *... aber auch in Deutschland wächst die Zahl frustrierter Migrantenkinder ohne Jobs und ohne Hoffnung. Junge Ausländer sind oft doppelt so häufig arbeitslos wie junge Deutsche, sie haben größere Schwierigkeiten, eine gute Ausbildung zu erlangen. Was tut der Staat, um in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine ganze Generation zu integrieren?*

Er muss eine ganze Kette von Maßnahmen durchführen und so früh wie möglich beim ersten Glied in der Kette beginnen. Wir werden in den Kindergärten Sprachtests für Kinder ab dem vierten Lebensjahr einführen mit so viel Pflicht wie möglich. Nur so kann man anschließend die Kinder fördern. In der Schule werden die Kinder nach der gleichen Methodik weitergefördert. Damit werden Ungleichheiten beim Start vermieden. Die Sprache ist der Schlüssel zu jeglicher Integration und auch zum wirtschaftlichen Erfolg für die Zuwanderer. Dass bei Pisa in Nordrhein-Westfalen die Zuwandererkinder mit am schlechtesten abschneiden im ganzen Bundesgebiet, ist eine Hinterlassenschaft, mit der man sich nicht abfinden darf.

► *Das setzt eine Bereitschaft zum Lernen der deutschen Sprache voraus ...*

Ja. Diese Bereitschaft ist leider nicht so übermäßig ausgeprägt, dass die Zuwanderer in die Deutschkurse hineinrennen. Die Politik hat vor etlichen Jahren eine Fehleinschätzung getroffen. Man hat gedacht, Integration läuft mit der Zeit automatisch. Und das ist genau nicht der Fall. Manche aus der dritten Generation sprechen schlechter deutsch als die zweite Generation. Weil es zunehmend den Rückzug aus der Gesellschaft gab und die

Foto: Pohl

„Das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen in diesem Land friedlich ermöglichen“



Foto: Rainer Unkel/vario-press

Möglichkeit zum Rückzug. Insofern sind beide gefordert: Die Mehrheitsgesellschaft darf nicht ausgrenzen, aber die Migranten selbst dürfen sich auch nicht abgrenzen, sondern müssen die Sprache sprechen. Auch Mütter müssen erkennen: Es hilft dem Kind nicht, wenn es nur in der Schule deutsch spricht. Bei den neuen Familienzentren, in denen Kindertagesstätten mit frühkindlicher Bildung und Familienberatung zusammengeführt werden, kann auch Integration leichter gelingen. Ich setze auch auf die Caritas, die ja in der Migrationssozialarbeit sowieso schon intensive und gute Arbeit macht.

- *Das Land fördert auch die „Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen in Zuwandererfamilien (RAA)“, die als Integrationsagenturen in den Kommunen fungieren?*

Integration muss vor Ort gelingen. Sie ist eine kommunale Aufgabe. In jeder Stadt ist die Situation anders. In jeder Stadt ist der Anteil der Zuwanderer anders. In diesen Wochen sind überall die ersten Integrationskonferenzen. Ich bin demnächst bei der Duisburger Integrationskonferenz, ich war bei der ersten Mönchengladbacher. Eigentlich hätte das ja seit 20 Jahren stattfinden können. Heute eröffnet man Integrationskonferenzen festlich und in den schönsten Häusern der Stadt, nicht im sozialen Brennpunkt. Damit holt man die Integrationspolitik ein wenig aus der reinen Sozialpolitik heraus und macht sie zu einem gesamtstädtischen Thema. Auch

das folgt unserem Ansatz einer ganzheitlichen Integrationspolitik.

- *Welche Reaktionen auf Ihre Bemühungen zu mehr Integration haben Sie von Seiten der Migranten selbst erhalten?*

Dass es dieses Ministerium gibt, wird überall positiv aufgenommen. Man fühlt sich ernst genommen. Viele der Organisationen, in denen sich Zuwanderer zusammenfinden, sind selbst inzwischen sehr der Integration verpflichtet. Ich war vor kurzem beim türkisch-islamischen Dachverband DITIB. Wenn Sie in das Gebäude hineinkommen, hängt da ein Bild von Atatürk, dem Staatsgründer, sowie vom türkischen Staatspräsidenten und vom deutschen Bundespräsidenten.

Herr Minister, vielen Dank für das Gespräch. ◀

Minden

Können Frauen gute Muslime sein, selbst wenn sie kein Kopftuch tragen? Warum beten Frauen und Männer im Islam getrennt? Fragen, auf die deutsche Frauen in Minden eine Antwort gesucht haben – bei einem Besuch in der Mindener Moschee. Solche Brücken zwischen den Kulturen werden in Minden immer häufiger geschlagen. Der Migrationsdienst des Caritasverbandes bringt hierfür regelmäßig **deutsche und türkische Frauen** zusammen. Aus den zahlreichen Kontakten zwischen Frauen aus Kirchengemeinden und der Frauengruppe des türkischen Kulturvereins ist ein fester Gesprächskreis entstanden. Hier organisieren die Frauen auch Veranstaltungen zu Themen, die beide Gruppen gleichermaßen betreffen, z. B. Vorträge über Gesundheitsvorsorge und eine Rückenschule. Ein Resultat ist auch ein spezieller **Deutschkurs für ältere türkische Frauen**.

Dortmund

Das Bonifatiusheim des Caritasverbandes Dortmund nimmt vor allem **unbegleitete minderjährige Flüchtlinge** auf. Die jungen Flüchtlinge sind zwischen zehn und 17 Jahre alt, kommen aus mehr als 18 verschiedenen Nationen und bekennen sich zu unterschiedlichen Religionen. Die größten Probleme der Kinder im Heim sind Heimweh, Identitätsverlust, Sprachprobleme, Langeweile, die unsichere Zukunftsperspektive, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Alle beantragen Asyl. Alle bekommen eine Duldung bis zum 18. Lebensjahr. Dann werden die meisten zurückgebracht in ihre Herkunftsländer.

Münster

In enger Zusammenarbeit mit der Flüchtlingsberatung bietet das Jugendausbildungszentrum des SKM – Verband für soziale Dienste in Münster **Beschäftigungsprojekte** an. Bundesweit einmalig ist dabei ein Projekt, das **Roma-Jugendlichen** lebenspraktische Qualifizierung bietet.



(Heraus-)Forderung und Chance

Integration muss mehr umfassen als nur Sprachkurse

Von Martina Steffens

Vor 50 Jahren, am 20. Dezember 1955, unterzeichneten in Rom der italienische Außenminister, der deutsche Arbeitsminister und der deutsche Botschafter den deutsch-italienischen Anwerbevertrag. Dieses Datum gilt als der Beginn der modernen Migrationsbewegungen. Doch auch vor dem 20. Jahrhundert, selbst als es den Nationalstaat noch nicht gab, zogen Menschen aus unterschiedlichen Regionen auf der Suche nach Arbeit in Industrie- und Ballungsregionen.

Migration ist also kein neues Thema, sondern eine Tatsache, die unsere Gesellschaft schon lange beeinflusst hat. Ohne Migration würde es Deutschland und auch Europa in seiner heutigen Form nicht geben. In Nordrhein-Westfalen leben heute 1,96 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, das sind etwa 10,6 Prozent der Einwohner. 1997 lebten noch 2,1 Millionen Ausländer in NRW, der Rückgang erklärt sich durch geringere Zuwanderung und durch vermehrte Einbürgerungen. Die Zahl der Einwohner mit Migrationshintergrund ist allerdings laut neuem Mikrozensus des Statistischen Landesamtes viel höher: Es gibt in NRW 2,46 Millionen Menschen, die seit 1950 von außerhalb der heutigen Bundesrepublik zugewandert sind (Vertriebene, Aussiedler, Eingebürgerte), aber einen deutschen Pass haben. Außerdem leben hier rund 2,26 Millionen Deutsche mit mindestens einem aus dem Ausland zugewanderten Elternteil. In ganz Deutschland leben derzeit rund 6,7 Millionen Ausländer; das sind etwa acht Prozent der Bevölkerung.

Migration ist also in jedem Falle ein nicht nur zahlenmäßig bedeutendes, sondern auch wichtiges Thema unserer Gesellschaft. Denn eine Gesellschaft muss auch heute noch Verantwortung übernehmen für die Menschen, die sie – zum Teil vor Jahrzehnten – nach Deutschland holte. So werden heute beispielsweise türkische Migranten der ersten Generation pflegebedürftig, was die Alten- und Krankenpflege mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Es stellt sich die Frage, wie vertraut das Pflegepersonal mit den nun zu pflegenden Mitbürgern anderer Kulturen ist.



Foto: Achim Pohl

Sowohl die Zuwanderungsgesellschaft als auch die Zugewanderten werden – nicht nur im Bereich der Altenpflege – mit Forderungen und Herausforderungen, die das Ziel der Integration mit sich bringt, konfrontiert. Integration meint nach Definition des Bundesministeriums des Innern einen „langfristigen Prozess, der zum Ziel hat, alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, in die Gesellschaft einzubeziehen“.

Unterschiedliche Theorieansätze

Betrachtet man theoretische Ansätze der Sozialwissenschaften zur Migrations- und Integrationsforschung, so finden sich zwei kontrastierende theoretische Konzepte. Auf der Suche nach Faktoren, die Integrationsprozesse maßgeblich beeinflussen, wird unterschieden zwischen den Faktoren bei den Zuwanderern und auf Seiten der Zuwanderungsgesellschaft. Dies führt zu zwei gegensätzlichen Erklärungsansätzen. Der erste Ansatz stellt die kulturellen Unterschiede in den Mittelpunkt der Betrachtung, er sieht die kulturellen Unterschiede zwischen Zuwanderern und Zuwanderungsgesellschaft als zentrales Merkmal zur Erklärung von Integrationsverläufen. Der Integrationserfolg hängt nach diesem Ansatz von dem Zuwanderer ab, genauer davon, wie dieser sich in die bestehende Gesellschaft einbinden kann. Der zweite Ansatz stellt die institutionellen Strukturen und Integrationskonzepte der Zuwanderungsgesellschaft in den Mittelpunkt und macht eine erfolgreiche Integration von der Zuwanderungsgesellschaft und den durch sie zur Verfügung gestellten Möglichkeiten ab-



Martina Steffens ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin und NLP-Master-Practitioner und promoviert derzeit an der Fern-Universität in Hagen im Bereich der Stadt- und Regionalsoziologie zum Thema „Neue urbane Lebenswelt in Kasernen?“.

hängig. Beide Theorien sind in sich klar, jedoch sehr einseitig.

In der Forschungspraxis kommt es meist zur Kombination beider Ansätze. Beispielsweise dann, wenn ein Integrationsangebot wie der Integrationskurs und dessen Opportunitätsstrukturen unter Berücksichtigung kultureller Unterschiede untersucht werden. Opportunitätsstrukturen meint die Gelegenheiten und Bedingungen, die für den Einzelnen bestehen, hier also die Bedingungen, unter denen ein Integrationskurs stattfindet. Der Zugang und die Möglichkeit, einen Integrationskurs in Anspruch nehmen zu können, stehen in Zusammenhang mit kulturellen Werten und Prägungen und können so sehr unterschiedlich sein. Der Erfolg eines Integrationsangebotes ist somit von den Möglichkeiten der Zuwanderer abhängig und davon, inwiefern das Integrationsangebot den kulturellen und religiösen Hintergrund der Zugewanderten mit einbezieht.

Politische Grundlage in NRW

Als Basis einer erfolgreichen Integrationspolitik hat der Landtag Nordrhein-Westfalen im Juni 2001 in einer Entschließung aller Fraktionen einstimmig die Integrationsoffensive verabschiedet, eine im Vergleich zu anderen Bundesländern immer noch bedeutende Leistung. Sie benennt als Ziel von Integration das Erreichen einer „Kultur der Anerkennung und des gleichberechtigten Miteinanders“, bei der sich die „Zugewanderten als auch die aufnehmende Gesellschaft auf gleicher Augenhöhe gegenüberstehen“. Zuwanderung ist so Chance und Herausforderung und bedeutet nicht das Aufgeben von Andersartigkeiten, weder religiöser noch kultureller Identitäten.

Die Integrationsoffensive fordert das Ernstnehmen der Ängste und Befürchtungen der Mitglieder der Zuwanderungsgesellschaft und das Bereitstellen von Hilfestellungen für die Zuwanderer, damit diese sich in unserer Gesellschaft orientieren und integrieren können. Die Integrationsoffensive spricht unterschiedliche Handlungsfelder an: Als wichtigstes Handlungsfeld nennt sie die Sprachkompetenz; es folgt der Bereich Kinder und Jugendliche (Elementarerziehung, Schulen, islamischer Religionsunterricht, Jugendhilfe); der Bereich Erwachsene (Integrationskurse, Ausbildung und Arbeit, Wirtschaft) und allgemeine Bereiche, wie Stadtentwicklung, Verwaltung, Vereine, Kirchen, Kultur und Medien, Gesundheit und Alter.

Auch die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP vom Juni 2005 bezieht sich auf die Integrations-

offensive und stellt damit die neue Regierungspolitik in eine politische Kontinuität. Grundlegende Integrationsvoraussetzung sieht sie im Beherrschen der deutschen Sprache. Sprachkompetenz bietet die Grundvoraussetzung für eine Integration, auch wenn sie allein Integration nicht garantieren kann.

Das Anfang 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz gesteht Ausländern, die neu nach Deutschland kommen, den Anspruch auf einen Integrationskurs zu. Dieser umfasst einen Deutschsprachkurs von 600 Stunden und ergänzend hierzu einen Orientierungskurs von 30 Stunden, der den Zuwanderern die deutsche Kultur näher bringen soll und ihnen beratend zur Seite steht. Jeder schon länger in Deutschland lebende Migrant kann einen Antrag auf die Berechtigung zur Teilnahme an einem Integrationskurs stellen. So kommen die Länder ihrer Pflicht der nachholenden Integration nach.

Die nächtlichen Krawalle in Frankreich haben hierzulande manchen aufgeschreckt. Allerdings ist in Deutschland die Integration jugendlicher Migranten nach Einschätzung von Fachleuten insgesamt gelungen. Von parallelgesellschaftlichen Strukturen könne keine Rede sein, heißt es beispielsweise in einer neuen Studie des Zentrums für Türkeistudien (ZfT). Vielmehr hätten sich Zusammenleben und interkulturelle Intensität in den vergangenen Jahren langsam, aber stetig verbessert. Allerdings seien wie in Frankreich die Chancen der Jugendlichen auf ökonomische Teilhabe geringer geworden. Dadurch bestünden beträchtliche Konfliktpotenziale.

Diese Tatsache macht deutlich, dass eine erfolgreiche Integration weit über den Erwerb der deutschen Sprache hinausgeht und -gehen muss. Integration ist ein langfristiger Prozess, der durch die Integrationsoffensive in NRW eine politische Basis hat, beim Spracherwerb beginnt und eine Teilhabe aller in der Gesellschaft lebenden Mitglieder zum Ziel hat. ◀

Erzbistum Köln

„Farbe bekennen – Vorteile durch Vielfalt“, das ist das Motto des neuen Xenos-Projektes, das der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e. V. mit Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds durchführt. Ziel des Projektes ist es, in den nächsten beiden Jahren **schwerbehinderten Migranten** mehrmonatige Trainingsmaßnahmen in Caritas-Einrichtungen zu vermitteln und ihnen damit **neue Perspektiven** zu eröffnen. Die Einrichtungen ihrerseits gewinnen durch das Projekt Kompetenzen im vorurteilsfreien Umgang mit Migranten.

Köln

Gemeinsames Essen verbindet, schafft Genuss und neue Geschmackserlebnisse. Erst recht, wenn dabei die kulinarischen Grenzen des eigenen Landes überschritten werden. Mit „Pasta & Co – dem **interkulturellen Mittagstisch** von und für Senioren“ hat der Kölner Caritasverband eine besondere neue Begegnungsmöglichkeit ins Leben gerufen. Jeden Dienstag treffen sich Senioren aus verschiedenen Ländern im Internationalen Zentrum der Caritas und kochen für sich und andere. Eine Gelegenheit für ältere Menschen, neue Kontakte zu knüpfen, andere Kulturen kennen zu lernen und ganz einfach Gesellschaft und Genuss zu verbinden. Das Projekt kam im vergangenen Jahr in die Endauswahl für den Robert-Jungk-Preis.

Köln

Das Internationale Zentrum des Caritasverbandes Köln ist neben Frankfurt und Berlin als einer der Standorte des bundesweiten Projektes **Lernhaus für Frauen** ausgewählt worden. Ziel ist es, Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, die sich bereits in Initiativen, Projekten, Vereinen und Gemeinden engagieren, im Lernhaus so zu qualifizieren, dass sie als Mittlerinnen auf ein besseres Zusammenleben zwischen den Kulturen einwirken können.

Wuppertal

In Kooperation mit dem Katholischen Bildungswerk und der Stadt Wuppertal bietet der Caritasverband Wuppertal e.V. das Projekt „Känguru“ an. Es befasst sich mit der **Sprachförderung von Migrantenkindern** im Alter von ein bis drei Jahren. In einer Gruppe erlernen die kleinen Kinder hier gemeinsam mit ihren Müttern spielerisch die deutsche Sprache. Die Mütter erwerben zusätzliche Kompetenzen, und die Kinder lernen gerade in diesem Alter besonders leicht, sich in verschiedenen Sprachen auszudrücken. „Känguru“-Gruppen finden sich derzeit in zwei Stadtteilen mit besonders hohem Ausländeranteil. Es ist geplant, das Projekt auch auf andere Stadtteile auszuweiten.



Pro Rückkehrberatung

Plädoyer in einer verbandsinternen Debatte, in der das Thema Rückkehrberatung heiß umkämpft ist

Von Rudi Löffelsend

Seit vielen Jahren fordern die Fachleute im Bereich der Migration und der Auslandshilfe beim Caritasverband für das Bistum Essen eine breite Diskussion innerhalb des gesamten Caritasverbandes über die Fragen von Rückkehrberatung und die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen. Das Thema gilt als „Tabuthema“ für alle, die in der Beratung und Betreuung von Flüchtlingen tätig sind.



Beratungssituation im Bernhard-März-Haus. Ob es um Sozialhilfefragen, Arbeitslosigkeit, Familienfragen, Aufenthaltsrecht, Sprachkurse oder Rückkehrhilfen und Auswanderung geht – das Bernhard-März-Haus ist in Dortmunds Nordstadt ein nicht mehr wegzudenkendes Zentrum für Ausländer und Einheimische. Hier finden auch Begegnung und Integration statt.

Foto: Achim Pohl

Zunehmender äußerer Druck und auch finanzielle Anreize seitens einiger Bundesländer erhöhen die Dringlichkeit, sich mit dem Thema „Beratung von Flüchtlingen mit dem Ziel der Rückkehr“ innerhalb der Caritas auseinander zu setzen. Ich vermute, dass es noch viele kontroverse, kräftige Diskussionen geben wird, um hier zu einem einheitlichen Standpunkt zu kommen.

Als Mitglied der Härtefallkommission des Landes Nordrhein-Westfalen kenne ich derart gelagerte Fälle gut: Alle langjährig hier weilenden Flüchtlinge, die abschie-

bepflichtig sind, haben eine Serie von Verfahren bei den Verwaltungsgerichten durchlaufen – mit negativem Ausgang. Oftmals fehlt der Wille, die notwendigen Papiere zur Rückkehr ins Heimatland zu besorgen. Rein rechtlich ist hier wenig zu machen.

Menschlich sind wir für ein Bleiberecht nach sechs Jahren, wenn deutlich erkennbar wird, dass der Wille zur Integration da ist. Voraussetzung: das erkennbare Bemühen des Flüchtlings, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen, was im Statusfall Duldung oft nicht möglich war.

Spannungsfeld zwischen geltendem Recht und politischer Position

Der gesetzliche Normalfall ist also, dass auch längerfristig hier lebende abgelehnte Asylbewerber abgeschoben werden. Davor steht immer die Aufforderung, das Land freiwillig zu verlassen. Dies würde eine legale Wiedereinreise ermöglichen und brächte seitens der Bundes- und Landesregierung (geringe) Finanzmittel für die Rückreise und die erste Zeit.

In der Regel erfolgt eine Abschiebung nur in Länder, die als sicher gelten. Dies gilt auch für den Kosovo, wo der Hohe Repräsentant der UN entscheidet, ob Orte sicher sind oder nicht.

Langjähriger Aufenthalt hat nichts mit Schutzwürdigkeit zu tun. Es kann trotzdem sein, dass die Flüchtlinge keine Lebensperspektive in Deutschland haben, dann ist eine Hilfe zur Rückkehr eher angebracht.

Wer sich im Bereich der Rückkehrberatung engagiert, kann schnell (oder besser vorschnell) als Erfüllungshilfe für eine restriktive Ausländerpolitik und Abschiebepaxis abgestempelt werden. Nach dem Motto: „Spiel nicht mit den Schmuttelkindern“ wird hier schnell Front gemacht gegen vermeintliche Opportunisten.

Das verdeutlicht das Spannungsfeld, in dem Rückkehrberatung für Flüchtlinge und abgelehnte Asylbewerber steht.

Es geht um Begriffe wie Freiwilligkeit der Rückkehr. Natürlich ist eine echte Freiwilligkeit bei Menschen, deren Abschiebung bereits beschlossene Sache ist, nicht gegeben. Trotzdem kommen diese Menschen auch zur Caritas und erhoffen sich hier Hilfe aus einer für sie ausweglos scheinenden Situation. Die Caritas sollte sich dieser Verantwortung genauso stellen, wie wir auf der



Karikatur: Pflaßmann

anderen Seite Bleiberegungen fordern für Menschen, die bereits seit etlichen Jahren in Deutschland geduldet sind. Die grundsätzliche Ablehnung einer restriktiven Ausländerpolitik darf nicht zur Beratungsverweigerung führen.

Beratung und praktische Hilfe

Eine Rückkehrberatung, die lediglich bis zur Grenze bzw. bis zum Flughafen berät, greift zu kurz. Vielmehr ist es notwendig, Integrationshilfen für Rückkehrer in den Regionen anzubieten, in die diese Menschen zurückkehren. Hier bietet sich zwangsläufig die Kooperation mit den Kollegen der Auslandshilfe der jeweiligen Diözesanverbände, aber auch mit Caritas international an. Für die Entwicklung von Hilfen, etwa für Ersatzbeschaffung von Dokumenten, Wohnen, medizinische Grundversorgung, Schul- bzw. Berufsausbildung der Kinder und Jugendlichen, Qualifizierungen und Unterstützung bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, ist die Etablierung von Netzwerken in den (Haupt-)Herkunftsländern wünschenswert. Hier sollten bereits frühzeitig Kontakte aufgebaut und vertieft werden. Im günstigsten Fall können mit Partnern vor Ort Programme für die Unterstützung der Rückkehrer entwickelt werden. Derartige Programme existieren, wenn auch nicht zahlreich. Ein Beispiel ist das kommunale Rückführungsprogramm für abgelehnte Asylbewerber in Essen, das aus finanziellen Mitteln der Kommune (eingesparter Sozialhilfe) finanziert wird. Ähnliche Projekte wurden und werden in Berlin, München (Initiative für Bosnienrückkehrer) oder in Bremerhaven (Heimatgarten) realisiert.

Und hier ergibt sich gleich das nächste Spannungsfeld: Wer Hilfen in den Herkunftsländern entwickelt, begünstigt Abschiebeentscheidungen von Ausländerbehörden. Wenn beispielsweise im Nordirak Traumazentren errichtet werden, kann dies zu der Einschätzung von Amts wegen führen, Traumapatienten würden im Irak adäquat behandelt.

Wünschenswerte Mindeststandards und die Realität

Wer fordert, eine Rückkehr könne nur unterstützt werden, wenn Sicherheit, körperliche und seelische Unversehrtheit, politische bzw. gesellschaftliche Partizipation der Betroffenen im Herkunftsland gesichert seien, der dürfte wahrscheinlich nicht mal einer Rückkehr nach Deutschland zustimmen. Das ist etwas pointiert, aber zeigt auch hier ein weiteres Spannungsfeld auf. Natürlich ist die Einhaltung von Mindeststandards wünschenswert und wird auch immer wieder eingefordert. Leider sieht die Realität oft anders aus. Dessen ungeachtet sind wir als Caritas gefordert, neben der politischen Anwaltschaft diesen Menschen auch ganz konkret zu helfen. Dies ist ein weiteres Argument für die Etablierung von Netzwerken in den (Haupt-)Herkunftsländern und für die Entwicklung von Programmen vor Ort, die auf die wichtigsten Bedürfnisse der Betroffenen eingehen, die u. U. verarmte einheimische Bevölkerung mit berücksichtigen, d. h. breiter angelegte Angebote vorhalten, die Partnerorganisationen vor Ort unterstützen und zeitlich befristet sind. Die zeitliche Befristung ist wichtig und muss schon bei der Entwicklung der Projekte bedacht werden, weil alle Hilfe letztlich eine Hilfe zur Selbsthilfe sein soll und auf Eigenständigkeit abzielt. ◀

Mitarbeit: Christoph Grätz

Rudi Löffelsend ist Leiter der Abteilung Migration und Integration beim Caritasverband für das Bistum Essen.

Krefeld

Der Fachdienst des Caritasverbandes für die Region Krefeld setzt neben seinem umfangreichen **Beratungsangebot** für Zuwanderer einen Schwerpunkt in der **Förderung des Ehrenamtes**, hier insbesondere in der Vernetzung und Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen.

Kempen und Viersen

Der SKM Kempen-Viersen hat im Auftrag der Städte Kempen und Viersen die **soziale Beratung und Betreuung von Flüchtlingen** übernommen und ist als kompetente Anlaufstelle bei Behörden und vielen Zuwanderern anerkannt.

Hattingen

Die Stadt Hattingen liegt im Ennepe-Ruhr-Kreis, einem von zwei Kreisen, die im Bistum Essen beheimatet sind. Der Kreis Hattingen/Schwelm verzeichnet einen hohen **Zugang an Spätaussiedlern**. Der Caritasverband für das Kreisdekanat Hattingen-Schwelm hat hier einen Schwerpunkt seiner Arbeit. Gleichermaßen ist er in der Migrationserstberatung aktiv.

Oberhausen

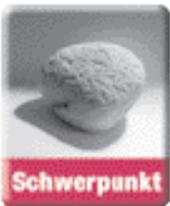
In der Stadt Oberhausen gibt es drei Caritaszentren. In diesen Caritaszentren findet die allgemeine Sozialberatung statt. Ein Bestandteil der allgemeinen Sozialberatung sind die Migrationsberatung und die Migrationserstberatung. So ist gewährleistet, dass die Migrationsarbeit nicht losgelöst von der allgemeinen Sozialberatung gesehen wird. Eine **Vernetzung in der Arbeit** findet auf allen Ebenen statt und bietet somit verschiedene Lösungsansätze bei der Bewältigung der Integrationsprobleme. Im Stadtgebiet Oberhausen ist der OCV der einzige Anbieter der **Migrationserstberatung**.

Bottrop

Für den OCV Bottrop war schon von jeher die **Flüchtlings- und Spätaussiedlerarbeit** ein inhaltlicher Schwerpunkt. Zusätzlich wird seit dem 1. 1. 2005 die Migrationserstberatung angeboten. Da in Bottrop nur die Caritas Migrationserstberatung anbietet, konnte es ihr gelingen, ein Netzwerk aufzubauen, an dem neben dem Ausländeramt die Sprachkursträger und der Regionalkoordinator beteiligt sind.

Bochum

Der Fachdienst für Integration und Migration des OCV Bochum hält neben der Migrationserstberatung noch die nachholende Integration und die Flüchtlingsberatung vor. Der OCV Bochum ist maßgeblich am Zustandekommen des Netzwerkes Migration in Bochum beteiligt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der **Flüchtlingsarbeit** und in der **Arbeit in Übergangswohnheimen**. Zusätzlich besteht beim OCV Bochum das regelmäßige Angebot der Rechtsberatung.



Spielerisch zweisprachig

Ein Blick in eine deutsch-spanische Kindertagesstätte in Köln

Schon beim Öffnen der Eingangstür tönen dem Besucher spanische Laute entgegen. Plakate laden in der Adventszeit auf zwei Sprachen zum Día de los Reyes, dem Dreikönigsfest, ein. An diesem Tag treffen sich in Spanien und Südamerika – wie in Deutschland am Heiligabend – die Familien und beschenken sich.

Diese Tageseinrichtung, die im Herzen der multikulturellen Altstadt Kölns liegt, besuchen zu 70 Prozent Kinder aus bilingualen spanisch-deutschen Familien. Spielerisch wird in der Kindertagesstätte Groß St. Martin die Mehrsprachigkeit gefördert. Themen wie im Herbst St. Martin werden heute auf Spanisch, morgen auf Deutsch besprochen; die Kinder singen Weihnachtslieder in beiden Sprachen.

Auch Kinder ohne einen spanischen Elternteil erlernen hier eine weitere Sprache, und es fällt ihnen so später leichter, eine neue Sprache zu erwerben.

Für die fünf Mitarbeiterinnen ist Sprache ein Medium der Kultur. Über die Muttersprache kann sich das Kind mit seiner Herkunftskultur identifizieren.

Auch die Gründerinnen der seit 1963 bestehenden Kindertagesstätte hatten die Verwurzelung der Kinder in der Herkunftskultur der Eltern als Ziel. Nachdem sich die spanischen Schwestern zunächst auf die spanische

Sprache konzentriert hatten, stellten sie schon 1970 deutschsprachige Erzieherinnen ein, und auch die ersten deutschen Kinder zogen in den Kindergarten ein. Seit drei Jahren arbeitet man nach einem gemeinsam erarbeiteten bilingualen Konzept, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Kern ist die Förderung der Erst- oder Muttersprache der Kinder. Beherrschen die Kinder diese, fällt es ihnen leichter, weitere Sprachen zu erlernen.

Doch nach dem Kindergartenbesuch entsteht eine Lücke – es existiert kein institutionelles zweisprachiges Angebot. Eine sinnvolle Fortsetzung wären zweisprachige Grundschulen, wie in Hamburg praktiziert (vgl.: <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Gogolin/bigru.htm>).

Einen Wunsch hat Luisa Bernal, Leiterin der Einrichtung, für das Dreikönigsfest und für die Zukunft: dass die Gleichwertigkeit der unterschiedlichen Kulturen in Deutschland akzeptiert wird und bikulturelle Ansätze intensiver unterstützt werden. Denn die Förderung der Sprache in den ersten Lebensjahren, das Vermitteln einer Identität und der Erwerb von Sprachfähigkeiten seien die Basis für die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft. ◀

Wanda Spielhoff

Studie zur Arbeitsmigration

Die Studie mit dem Titel „Ökonomisch motivierte Migration zwischen nationalen Eigeninteressen und weltweiter Gerechtigkeit“ ist unter www.dbk.de abrufbar.

Die katholische Kirche hat Kriterien für den Umgang mit Wirtschaftsflüchtlingen entwickelt. Integrationsförderung sowie die Arbeit im Flüchtlings- und Asylbereich gehörten zum Kern seelsorglicher und sozialer Arbeit der Kirche, erklärte der Vorsitzende der Migrationskommission der Bischofskonferenz, Weihbischof

Josef Voß, in Bonn. Er äußerte sich bei der Vorstellung einer Studie über „Ökonomisch motivierte Migration zwischen nationalen Eigeninteressen und weltweiter Gerechtigkeit“. In dem Papier heißt es, eine Begrenzung von Arbeitsmigration sei prinzipiell nur dann zu rechtfertigen, „wenn die reichen Staaten endlich überzeugend die Ursachen bekämpfen, die Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen“. Nötig seien eine nachhaltige Entwicklungspolitik und eine gerechte Wirtschaftspolitik. Die Aufnahmeländer müssten zudem den rechtlichen und sozialen Status von Zuwanderern verbessern. Mit Blick auf gut ausgebildete Fachkräfte aus ärmeren Ländern, die in reicheren Staaten arbeiten wollten, müssten Mechanismen entwickelt werden, mit denen die Aufnahmeländer oder die Migranten selbst zur Finanzierung des Bildungssystems im Herkunftsland beitragen. ◀

Jahresinhaltsverzeichnis 2005

Das Jahresinhaltsverzeichnis für 2005 liegt vor. In ihm sind Artikel unter ihrer Überschrift sowie Sachgebieten und alle vorkommenden Namen eines Jahrgangs von „Caritas in NRW“ verzeichnet. Es ist als Dokumentation und Archivierungshilfe besonders auch für Bibliotheken geeignet.

Bezug: Redaktion „Caritas in NRW“, Monika Natschke, Tel. 02 11 / 51 60 66-20, Fax 02 11 / 51 60 66-25, E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de



Qualität bleibt

Bachelor und Master kommen als Studienabschlüsse

Die Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen (KFH NW) führt für alle Studiengänge ihrer Fachbereiche Sozialwesen, Gesundheitswesen und Theologie zum Wintersemester 2006/07 (September 2006) Bachelor- (B. A.) bzw. Master-Abschlüsse (M. A.) ein.

Die Hochschule ist am weiteren Ausbau des Dialogs mit der Praxis interessiert. Unter www.kfhnw.de erhalten Sie nähere Informationen zu den neuen Studiengängen und können sich dazu direkt zurückmelden, beispielsweise zu den künftigen Kompetenzprofilen.

Hintergrund ist ein europaweiter Studienreformprozess: In NRW streben künftig alle Studienanfänger in sechs Semestern den Bachelor-Abschluss und in weiteren vier Semestern den Master-Abschluss an. Zentraler Reformaspekt ist die „Kompetenz“-Orientierung der Studiengänge. Lehren und Lernen sind vom Ziel her strukturiert: Wissensfriedhöfe werden vermieden; praxisrelevante Kompetenzen werden erworben. Dazu enthalten die Studiengänge beispielsweise künftig

mehr interdisziplinäre Lehr- und Lerneinheiten, auch Module genannt: Der Kompetenz liegen viele Disziplinen zugrunde.

Die ausgeprägte Praxis- und Anwendungsorientierung der KFH NW spiegelt sich bereits in Spitzenpositionen bei bundesweiten Rankings wie dem des Centrums für Hochschulentwicklung. Künftig werden die Praxisanteile in B.-A.- und M.-A.-Studiengängen intensiver: Formal entfällt das „Praxis-Semester“, doch sind weiterhin an der KFH NW im Studium überdurchschnittlich viele Tage für den Praxiseinsatz gesichert.

Fruchtbare Hinweise für die neuen Studiengänge der KFH NW kommen auch aus jahrelangen Qualitätssicherungsmaßnahmen. Hoher wissenschaftlicher Standard, Studierbarkeit, eine hochwertige Infrastruktur sowie die Familienfreundlichkeit der Hochschule stehen für diese Qualität. Ein Drittel aller Fachkräfte in den sozialen Einrichtungen des Landes NRW sind Absolventen und Absolventinnen der KFH NW. ◀

Klaus Herkenrath

Bachelor- und Master-Studiengänge der KFH NW

Konsekutive Bachelor- und Master-Studiengänge

Soziale Arbeit B. A.	an allen Standorten
Soziale Arbeit M. A.	an allen Standorten
Heilpädagogik B. A.	in Münster
Heilpädagogik M. A.	in Münster
Bildung und Erziehung im Kindesalter B. A.	in Köln
Religionspädagogik B. A.	in Paderborn
Pflegewissenschaft B. A.	in Köln
Pflegemanagement M. A.	in Köln
Lehrer Pflege und Gesundheit M. A.	in Köln

Postgraduale Master-Studiengänge

Schulleitung M. A.	in Köln
Krankenhausmanagement für Fachärzte M. Sc.	in Köln*
Suchthilfe M. Sc.	in Köln*
Sozialmanagement M. A.	in Münster und Paderborn*
Supervision M. Sc.	in Münster
Multiprofessionelles Kooperationsmanagement M. A.	in Aachen*

* bereits akkreditierte Studiengänge



Neue Wohlfahrtsmarken zeigen Schmetterlinge

Heimische Schmetterlinge zieren die neue Wohlfahrtsmarken-Serie. Das Sonderpostwertzeichen für Postkarten (45 + 20 Cent) zeigt den Zitronenfalter, für Standardbriefe (55 + 25 Cent) wurden das Tagpfauenauge und der so genannte Russische Bär ausgewählt und für Großbriefe (145 + 55 Cent) der Weiße Waldportier.

Die neuen Wohlfahrtsmarken sind in allen Filialen der Post und unter www.caritas-wohlfahrtsmarken.de erhältlich. Außerdem werden sie von den Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände vertrieben, denen die Zuschlagserlöse zugute kommen.

Die Marken der weiterhin erhältlichen Vorjahresserie „Wunderbare Welt“ verkauften sich 34 Millionen Mal. Damit kamen im vergangenen Jahr Zuwendungen für die soziale Arbeit der Wohlfahrtsverbände in Höhe von 10,2 Millionen Euro zusammen. ◀



Menschen in der Caritas

Domkapitular Dieter Geerlings ist auf der Mitgliederversammlung des Katholischen Krankenhausverbands Deutschlands (KKVD) in Berlin erneut für vier Jahre zum Vorsitzenden gewählt worden. Dem KKVD sind knapp 500 katholische Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen angeschlossen. Geerlings ist zugleich Vorsitzender des Caritasverbandes für die Diözese Münster.

Mit Beginn des neuen Jahres hat turnusmäßig der Vorsitz in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen gewechselt. **Pfarrer Uwe Becker**, Sprecher des Vorstands des rheinischen Diakonischen Werks, übernimmt das Amt von **Günther Neuses** vom Deutschen Roten Kreuz, der die letzten zwei Jahre amtiert hatte.

Rudolf Kösters (61) ist neuer Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG). Der promovierte Volkswirt wurde auf der Mitgliederversammlung der DKG in Berlin einstimmig für drei Jahre gewählt. Kösters ist Vorstandsvorsitzender der St.-Franziskus-Stiftung Münster. Zuvor war er Sprecher der Geschäftsführung der Hospitalgesellschaften der Franziskanerinnen zu Münster-St. Mauritz. Kösters war von 1998 bis 2004 Präsident der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW).

„Anhaltender Erfolg“



Der Vorstand des Vereins LICHTBLICKE e.V. besteht aus Alfred Hovestädt und Thomas Hoyer für den geschäftsführenden Diözesan-Caritasverband Köln sowie Martin Kunze (radio NRW / Lokalradios) und Reinhard van Spankeren (Diakonisches Werk Westfalen). Schirmherrin der Aktion ist die Gattin des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, Angelika Rüttgers. ◀

Zum „Spenden-Beirat“ der Aktion LICHTBLICKE gehören neben der Schirmherrin Angelika Rüttgers, Ehefrau des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Vertreter der NRW-Lokalradios, der kirchlichen Hilfswerke und der Freien Wohlfahrtsverbände. Im Bild (v. l. n. r. / v. o. n. u.): Dr. Christof Beckmann, Harald Westbeld, Frank Böhnke, Claudia Weiß, Lissy Ishag, Gerd Schnitzler, Markus Lahrmann, Ruth Gantschow, Anke Scholz, Frank Peiffer, Manfred Rütten, Alfred Hovestädt, Angelika Rüttgers, Christa A. Thiel, Martin Kunze.
Foto: radio NRW

Caritas, Diakonie und NRW-Lokalradios gründen Trägerverein für LICHTBLICKE

Die fünf nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände und die drei Diakonischen Werke des Landes sowie der Verband Lokaler Rundfunk (VLR) und die radio NRW GmbH haben einen gemeinnützigen Verein „LICHTBLICKE e.V.“ ins Leben gerufen. Damit reagieren die Mitglieder auf das kontinuierlich starke Wachstum und den anhaltenden Erfolg der im Advent 1998 erstmals durchgeführten Spendenaktion zugunsten Not leidender Kinder und Familien in NRW.

Sowohl die steigenden Spendeneingänge als auch die stetig zunehmende Zahl der eingehenden Förderanträge machten eine Neuordnung und den Ausbau der Arbeitsstrukturen nötig, so Martin Kunze, stellvertretender Programmdirektor von radio NRW.

Allein im Jahr 2004 spendeten die Hörer der NRW-Lokalradios sowie Firmen, Vereine, Bürogemeinschaften, Schulklassen und selbst namhafte Konzerne insgesamt 1,7 Millionen Euro für LICHTBLICKE. Gut 1 800 Förderanträge hatte der ehrenamtliche Spendenbeirat zu prüfen und zu entscheiden. Mehr als 8 500 großen und kleinen Menschen in NRW konnte die Aktion so in der letzten Kampagne helfen und in teilweise aussichtslosen Lebenslagen neue Hoffnung schenken.

Spendenkonto
LICHTBLICKE:
Konto-Nr. 7070 bei der
Sozialbank Köln
(BLZ 370 205 00)
Mehr Infos unter
www.lichtblicke.de

Menschen in der Caritas

Volker Odenbach, Direktor des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn, ist in Dortmund als Vorsitzender der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Sucht in Nordrhein-Westfalen (KLAGS) wieder gewählt worden. Als stellvertretender Vorsitzender wurde **Rudolf Gattwinkel** (Lennestadt) in seinem Amt bestätigt. Gattwinkel ist zugleich Vorsitzender des Kreuzbundes im Erzbistum Paderborn. Als Geschäftsführer der KLAGS wurde erneut **Winfried Kersting**, Referent für Suchtkrankenhilfe im Diözesan-Caritasverband Paderborn, benannt. In der KLAGS haben sich die fünf nordrhein-westfälischen Diözesanverbände des Kreuzbundes sowie die fünf Diözesan-Caritasverbände zusammengeschlossen. In NRW gibt es 624 Kreuzbundgruppen sowie 57 besondere Gesprächskreise des Kreuzbundes, z. B. für Frauen und Senioren. Die Diözesan-Caritasverbände in NRW vertreten 77 Sucht- und Drogenberatungsstellen und 23 stationäre Einrichtungen wie Suchtfachkliniken und Wohnheime für chronisch Suchtkranke.

cpd